

TTIP - Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat?

Die Wirtschaft saß von Anfang an mit am Tisch - Medien und Bürger haben erst sehr viel später von den Verhandlungen über das "*Transatlantic Trade and Investment Partnership*" (TTIP), also das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU erfahren. Zunächst erregte sich die Öffentlichkeit über Chlorhühnchen und gentechnisch veränderten Mais, die mit Unterzeichnung des Vertrages auf den europäischen Markt kommen könnten. Dann wurden mögliche ruinöse Folgen für die nationalen Kulturlandschaften durch das Abkommen bekannt, z.B. für die in Europa weit verbreitete Filmförderung und die in Deutschland zum Schutz der Verlagsvielfalt traditionelle Buchpreisbindung.

TTIP widerspricht den meisten Regulierungen, die zum Schutz des Bürgers und der Volkswirtschaft erlassen wurden oder werden, wenn sie geeignet sind, ausländische Investitionen zu behindern. Die im Vertragstext von TTIP enthaltene Investitionsschutzklausel führt dazu, dass eine einmal getätigte Investition vor kommenden staatlichen Regulierungen geschützt wird. Falls ein nationales Parlament z.B. Umweltauflagen durch neue Gesetze beschließen möchte und diese geeignet wären, die Gewinnerwartung des Investors zu schmälern, hätte der Investor Anspruch auf Ersatz des entgangenen Profits gegen den Staat. Der Staat müsste angesichts drohender Strafzahlungen über den Schutz von Bürgern und Umwelt nach Kassenlage entscheiden.

Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG legt fest, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. In der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland übt der Bürger die Staatsgewalt insbesondere in Wahlen aus. Die politische Teilhabe und Mitwirkung des Bürgers wird also durch die Organe gewährleistet, deren Mitglieder durch den Bürger gewählt werden, auf Bundesebene somit durch den Bundestag. Die Investitionsschutzklausel und die Tatsache, dass der Bundestag keinen Zugang zu den Inhalten des TTIP-Vertragstextes hatte, stellen eine eklatante Beschränkung demokratischer Selbstbestimmung der Bundesbürger dar. Im Parlament zustande gekommene demokratische Beschlüsse würden durch das Abkommen kassiert, automatisch sozusagen und ohne jede ausdrückliche demokratische Entscheidung.

Ein Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze ist der geplante „*Investor-Staat-Schiedsmechanismus*“: Streitigkeiten zwischen einem Konzern, der seine Erwartungen auf Profit geschmälert sieht, und einem Staat werden damit nicht vor nationalen oder EU-Gerichten nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgetragen, sondern vor privat organisierten internationalen Schiedsgerichten in nicht-öffentlichen Verhandlungen, die keiner weiteren Überprüfung durch nationale Gerichte unterliegen.

Neben diesen Konzernklagerechten sind weitere Einschränkungen rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze durch die „*regulatorische Kooperation*“ geplant: Lobbyisten und Vertreter der US-Regierung sollen in Europa ein Anrecht darauf haben, über Gesetzesinitiativen informiert zu werden und darüber zu beraten, bevor

das EU-Parlament oder nationale Parlamente und die Öffentlichkeit davon Kenntnis erlangen. Mit Rechtsgleichheit hat das wenig zu tun.

Die Umgehung demokratisch zustande gekommener Regelungen betrifft nicht nur EU-Staaten. Nicht die USA wollen einen Vertrag zulasten der EU, sondern das internationale Kapital einen Vertrag zulasten der nationalen Demokratien abschließen.

Sollen demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze zugunsten eines globalisierten Wirtschaftssystems, zugunsten des internationalen Kapitals aufgegeben werden? Soll kurzfristiges Profitkalkül über das Gemeinwohl gestellt werden? Soll ökonomisches Handeln großer Konzerne der demokratischen Kontrolle entzogen und ein paralleles Rechtssystem etabliert werden?

Vielleicht sind die zögerliche Information der Öffentlichkeit, die schlechte Einbindung nationaler Politik und ihre zurückhaltenden Reaktionen, sowie die Übermacht von Lobbyinteressen weiteres Zeichen oder weiterer Grund für die Distanz vieler Bürger/innen zur Politik. Mangelndes Interesse an und Verlust des Vertrauens in Politik wird durch Lobbyismus noch verstärkt. Nach der noch immer nicht bewältigten Bankenkrise, könnte der Umgang mit TTIP ein weiterer Baustein in Richtung Politikdistanz und Erosion der repräsentativen Demokratie werden.

Bad Münstereifel, 25.11.2014

Ralf Pannen